

Gemeinsame Erklärung

der Landräte der Landkreise Barnim und Uckermark
und des Bürgermeisters der Stadt Eberswalde
vom 05. April 2012

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
des Landes Brandenburg
Frau Ministerin Dr. Martina Münch
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Münch,

durch die Presse haben wir erfahren müssen, dass nach Ihren Planungen in der Region Uckermark-Barnim künftig keine Schulaufsichtsbehörde mehr besteht und der derzeitige Standort in Eberswalde geschlossen werden soll. Es ist für uns unerklärlich, dass wir über Ihre Entscheidung, die für unsere Verantwortungsbereiche einschneidende Auswirkungen heraufbeschwört, erst durch die Medien in Kenntnis gesetzt wurden und wir bis zum heutigen Tage aus Ihrem Haus in dieser so gewichtigen Angelegenheit keinerlei Einbeziehung erfahren haben.

Die Bildung ist der Schlüssel für das Gedeihen unseres Landes. Deshalb setzen wir uns mit großem Engagement für diesen außerordentlich bedeutsamen Bereich ein. So haben wir in den vergangenen Jahren, verbunden mit großen Kraftanstrengungen und dem Einsatz von erheblichen finanziellen Mitteln, ein besonderes Augenmerk auf die sich in unserer Trägerschaft befindlichen Bildungseinrichtungen gelegt und konnten hierbei sichtbare Fortschritte erreichen. Dies vor Augen habend, ist für uns vollkommen unverständlich, warum diese positive Entwicklung durch eine praktische Entrückung weiter Teile unserer Region von einer effizienten Schulaufsicht gefährdet werden soll.

Allein die räumliche Entfernung zwischen Frankfurt (Oder) und unserem Gebiet steht nach unserer Auffassung einer zielführenden Aufsicht und Begleitung der Schulen entgegen. Die Schulträger, die Schulleiterinnen und Schulleiter, die Lehrerinnen und Lehrer und nicht zuletzt die Familien mit schulpflichtigen Kindern brauchen eine Schulbehörde mit Ortsbezug, die sie auch unter zumutbaren Umständen erreichen können.

Schule ist mehr als ein technisch abwickelbarer Verwaltungsprozess und bedarf persönlicher Kontakte und Eindrücke. Dies gilt ganz maßgeblich auch für die Schulrätinnen und Schulräte, für deren verantwortungsvolle Arbeit eine große räumliche Trennung von ihren zu betreuenden Einrichtungen ebenso abträglich ist.

Im Einzugsbereich des für die Landkreise Barnim und Uckermark zuständigen heutigen Staatlichen Schulamtes Eberswalde leben mehr als 300.000 Menschen, davon besuchen über 30.000 Schülerinnen und Schüler insgesamt 115 Schulen. Sie haben es nicht verdient, in eine Randlage gedrängt zu werden, welche ihre Zukunftschancen beeinträchtigt.

Gleiches trifft zu für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Schulamtes selbst, für die ein Dienstort Frankfurt (Oder) in der Mehrzahl mit erheblichen Erschwernissen verbunden wäre.

Um den Gesamtprozess der qualitativen Weiterentwicklung zu unterstützen und Bildungsergebnisse zu verbessern, bringen sich die Landkreise Barnim und Uckermark sowie die Stadt Eberswalde seit einigen Jahren stark in Fragen der Bildung ein. Erfolge konnten erreicht werden beim zielgerichteten Einsatz der kommunalen Ressourcen aller Beteiligten und der Kooperation mit den Schulräten, Praxisberatern, Kindertagesstätten, Schulen, den Kreisvolkshochschulen, den Ausbildungseinrichtungen und anderen Bildungseinrichtungen. Erste Erfolge in Richtung Verbesserung der Bildungschancen und Bildungsergebnisse, der Gestaltung der Bildungsübergänge und der Sicherung von Kontinuität und Nachhaltigkeit sind unverkennbar.

Im Landkreis Barnim wurde im Jahr 2009 die „Bildungsinitiative Barnim“ ins Leben gerufen. Die Bildungsinitiative wird über das Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ gefördert. Ziel ist es, auf der kommunalen Ebene Strukturen zu entwickeln, die erfolgreiches Bildungsmanagement als Basis der Steigerung von Effektivität und Effizienz möglich machen. Dem liegt die Erkenntnis, dass Erfolge nur im gemeinsamen Wirken erreicht werden können, zu Grunde. Sowohl in den Landkreisen Barnim und Uckermark als auch in der Stadt Eberswalde ist Bildung ein Schwerpunktthema.

Wir haben festgestellt, dass eine grundlegende Voraussetzung für Bildungserfolg die sach- und fachgerechte Schulaufsicht ist.

Da, wo vor Ort Schulaufsicht tätig wird und auf der Basis der Ergebnisse der Schulvisitationen eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung zwischen Staatlichem Schulamt und Schule vereinbart und begleitet wird, sind in Folge nachweisbar bessere Bildungsergebnisse zu verzeichnen.

Die auf die Verbesserung der Bildungsergebnisse orientierte Zusammenarbeit zwischen den Schulräten und den Schulträgern muss fortgesetzt, stabilisiert und weiter ausgebaut werden. Das erfordert u. a. Regionalkenntnis, Präsenz vor Ort und kurze Wege.

Der Landesbeschluss zur Zentralisierung der Schulämter führt unweigerlich zum Qualitätsabbau. Das Auseinanderdriften der Schulen hinsichtlich der Schulform und der Schulqualität verstärkt sich.

Vor diesem Hintergrund sehen wir die Entscheidung zur Zentralisierung und Weiterführung von nur noch vier Standorten der Schulaufsicht als den falschen Weg. Der Abstand zu den Bildungsergebnissen der Besten wird sich weiter vergrößern.

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Münch, wir fordern Sie eindringlich auf, Ihre Entscheidung über die künftige Struktur der Schulaufsicht zu ändern und sich für eine fünfte Regionalstelle der künftigen Landesschulagentur auszusprechen, welche sich über das gesamte Gebiet der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim erstreckt. Das mit beträchtlichem Aufwand errichtete Landesbehördenzentrum Eberswalde bietet sich auch künftig als exzellenter Standort für die Schulaufsicht an. Überdies ist das Wirken von Behörden in unserer Region von außerordentlicher Bedeutung. Die bei uns im Vergleich zu anderen Landesteilen bestehende Strukturschwäche darf nicht durch den Wegfall von Dienststellen des Landes weiter verschärft werden.

Es ist völlig inakzeptabel, dass mit der Begründung der Einsparung von 40 Planstellen 2 Standorte im Land Brandenburg geschlossen werden sollen.

Diese Planstelleneinsparung kann auch durch andere Maßnahmen erreicht werden. Wir bieten dazu unsere Hilfe an.

Als Alternativvorschlag kommt die Übertragung der Aufgaben der Schulaufsicht der Staatlichen Schulämter auf die Landkreise in Frage.

Wir trauen uns zu, eine den Gesetzen entsprechende Aufsicht umzusetzen, ohne dass es zu Fehlentwicklungen und Steuerungsproblemen kommt. Den Landkreisen ist in den letzten fünfzehn Jahren, direkt oder indirekt, eine Vielzahl von Aufgaben übertragen worden. Bei der Erfüllung haben die Landkreise nachgewiesen, dass sie in der Lage sind, die Aufgaben in hoher Qualität und effektiv zu erbringen. Gleiches wird auch für Aufgaben des Staatlichen Schulamtes zutreffen.

Mit freundlichen Grüßen



Bodo Ihrke
Landrat des
Landkreises Barnim



Dietmar Schulze
Landrat des
Landkreises Uckermark



Friedhelm Boginski
Bürgermeister der
Stadt Eberswalde